Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5580**
14. Wahlperiode 14. 03. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Albert Deß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5222 –

Verbraucherschutz muss Gesundheitsschutz sein – Zukunftsfähige Landwirtschaft ermöglichen – Gegen BSE mit einem vernetzten Bekämpfungsplan vorgehen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Heino Wiese (Hannover), Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/5228 –

Neuausrichtung der Agrarpolitik:
Offensive für den Verbraucherschutz – Perspektiven für die Landwirtschaft

A. Problem

Die Antragsteller fordern anlässlich der BSE-Krise in ihren Anträgen mit unterschiedlichen Gewichtungen, die Agrarpolitik neu auszurichten, den Verbraucherschutz unter verstärkter Einbeziehung des Gesundheitsschutzes weiter auszubauen, Transparenz in der Lebensmittelproduktion und -Vermarktung herzustellen, eine artgerechte Tierhaltung und umweltgerechte Produktionsstandards sicherzustellen, den ökologischen Landbau zu fördern, die BSE-Bekämpfung wirksam vorzunehmen und den Betroffenen der BSE-Krise schnelle Hilfe zukommen zu lassen.

B. Lösung

Zu 1.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5222 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.

Zu 2.

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5228 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5222 und Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5228.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/5222 abzulehnen und

2. den Antrag auf Drucksache 14/5228 anzunehmen.

Berlin, den 7. März 2001

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Helmut Heiderich, Ulrike Höfken und Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

1. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 149. Sitzung am 8. Februar 2001 die Anträge auf den Bundestagsdrucksachen 14/5222 und 14/5228 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen. Der Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/5228 wurde zusätzlich an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Vorlagen in seiner 60. Sitzung am 14. Februar anberaten und in seiner 61. Sitzung am 7. März 2001 abschließend behandelt.

2. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Die Antragsteller stellen fest, dass der Verbraucherschutz in Deutschland neu organisiert, effizienter und sicherer gemacht werden müsse, um Lebensmittelkrisen in Zukunft bereits im Vorfeld zu verhindern. Die Bundesregierung sei jetzt in der Pflicht, gemeinsam mit allen Verantwortlichen in Bund, Ländern und der EU umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen der Verbraucher in Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln wieder herzustellen. Es müsse deshalb alles darangesetzt werden, die Ursachen der BSE-Krise zu erforschen, die BSE-Krankheit wirksam zu bekämpfen und sie in absehbarer Zeit aus Deutschland zu verbannen. Die in Not geratenen Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft seien durch Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Eine Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft sei anzustreben, dass sowohl in herkömmlich wirtschaftenden Betrieben als auch im ökologischen Landbau Lebensmittel umweltfreundlich produziert werden können, die gesund und qualitativ hochwertig seien.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, den Schutz der Verbraucher zu verbessern, der BSE-Krise durch einen nationalen BSE-Bekämpfungsplan wirksam zu begegnen, den deutschen Landwirten in der gegenwärtigen Krise schnell und wirksam zu helfen, einen Kurswechsel in der Agrarpolitik vorzunehmen und bei den WTO-Verhandlungen hohe Gesundheits-, Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards durchzusetzen, um damit ein hohes Niveau des Verbraucherschutzes für die Menschen in der Europäischen Union sicherzustellen.

Zu 2.

Die Antragsteller stellen fest, dass durch die BSE-Krise eine breite gesellschaftliche Debatte über die Lebensmittelproduktion ausgelöst und alle Beteiligten betroffen habe. Diese Krise biete aber gleichfalls die große Chance, eine Neuausrichtung der Agrarpolitik vorzunehmen, um sichere, gesunde und umweltverträgliche Qualität der Lebensmittel statt Quantität zu erreichen. Die neue Landwirtschaftspolitik müsse folgende Ziele haben: Lebenmittelsicherheit und Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelerzeugung wieder herzustellen, Umwelt-, Natur- und Boden- sowie Tierschutz zu einem integralen Bestandteil der Agrarpolitik zu machen, den hohen Einsatz von Steuermitteln für eine fehlorientierte Lebensmittelproduktion einschließlich deren Folgekosten im Gesundheitswesen sowie für Umweltreparaturmaßnahmen zu beenden, Landwirtschaftsbetrieben und Lebensmittelwirtschaft neue Perspektiven zu bieten, die Wettbewerbsfähigkeit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu sichern und tragfähige Konzepte für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes anzubieten.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, den vorsorgenden Verbraucherschutz und die Transparenz in der Lebensmittelproduktion und -Vermarktung herzustellen, die artgerechte Tierhaltung und umweltgerechte Produktion in der konventionellen Landwirtschaft sowie die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume zu stärken, die zur Durchführung des BSE-Bekämpfungsprogrammes, zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und der lebensmittelverarbeitenden Industrie sowie für die Neuorientierung der Lebensmittelerzeugung die notwendigen Mittel bereitzustellen, den ökologischen Landbau zu fördern und bei den WTO-Verhandlungen die EU-Verhandlungsposition zu stärken und bewusst auf umweltbezogene „Green-Box-Maßnahmen“ auszurichten.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1 (Bundestagsdrucksache 14/5222)

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 79. Sitzung am 14. Februar 2001 die Vorlage mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt. Die Abstimmung fand bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 40. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion

der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. Februar 2001 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 7. März 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Zu 2. (Bundestagsdrucksache 14/5228)

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 79. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und einigen Stimmen aus der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder aus der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 40. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 14. Februar 2001 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Annahme des Antrags in seiner 55. Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat dem Antrag in seiner Sitzung am 14. Februar 2001 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS zugestimmt.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 7. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 7. März 2001 behandelt und die Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 50. Sitzung am 7. März 2001 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Annahme empfohlen.

4. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat die Vorlagen in seiner 61. Sitzung am 7. März 2001 abschließend behandelt.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde begrüßt, dass über viele Maßnahmen zur BSE-Bekämpfung Übereinstimmung bestehe. Differenzen, wie hinsichtlich Bestands- oder Kohortentötung vorzunehmen, verliefen quer durch die Fraktionen.

Allerdings müsse festgestellt werden, dass man in der Vergangenheit eine Pseudo-Qualitätsausrichtung in der Agrarpolitik geduldet und deren Mängel nicht ehrlich genug bekämpft habe.

Auch habe man mit den Etikettierungsmaßnahmen zum Teil nur eine Scheintransparenz hergestellt, wie z. B. bei den Wurstwaren. Kontrollen nützten nichts, wenn die Kontrollierbarkeit nicht gesichert sei.

Diese Defizite seien jetzt im Rahmen einer vorsorgenden Verbraucherschutzpolitik aufzuarbeiten, und zwar unter dem Motto: Klasse statt Masse.

Für die Neuorientierung der Lebensmittelerzeugung seien jedoch auf Grund der begrenzten Belastbarkeit des Agrarhaushaltes auch Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Bundeshaushaltes heranzuziehen. Einen Beitrag zur Kostenentlastung der landwirtschaftlichen Betriebe werde auch die mit den Ländern vereinbarte Umsetzung des Agrardieselgesetzes sein.

Seitens der Fraktion CDU/CSU wurde hervorgehoben, dass die Landwirtschaft auch in der Vergangenheit Wert auf Qualität bei der Produktion gelegt habe und den zunehmenden Qualitätsanforderungen auch entsprochen hätte.

Eine der Hauptursachen der Qualitätsdefizite in der Produktion sei jedoch der Preiskrieg in den Supermärkten, wofür jedoch die Landwirte nicht verantwortlich seien. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, was insbesondere auch ein anderes Verbraucherverhalten erfordere.

Ein weiteres Problem seien die Defizite bei den Kontrollen. Hier gelte es, möglicherweise über eine unabhängige Bundeskontrollbehörde die „schwarzen Schafe“ in den jeweiligen Bereichen aufzuspüren und zur Verantwortung zu ziehen, die einen ganzen Berufsstand in Misskredit gebracht hätten.

Unerlässlich sei ein Kurswechsel in der Agrarpolitik, wobei der Verbraucherschutz deutlich ausgeweitet werden müsse, wozu allerdings zusätzliche finanzielle Hilfen erforderlich seien. Unzumutbar sei es allerdings sowohl gegenüber den Verbrauchern als auch gegenüber den Landwirten, in Deutschland hohe Standards festzulegen, die dann durch Importe aus Ländern, die unter diesem Standard produzierten, wieder unterlaufen würden.

Überfällig sei ein klares Finanzierungskonzept für die Folgekosten der BSE-Bekämpfung, um den Bauern angesichts der erheblichen Markteinbrüche schnell helfen zu können.

Seitens der Fraktion F.D.P. wurde kritisiert, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Ankündigungen zu einer Verstärkung des Verbraucherschutzes hohe Erwartungen beim Verbraucher geweckt hätten und jetzt feststellen müssten, dass denen nicht voll entsprochen werden könne. Die Forderung der Fraktion CDU/CSU auf WTO-Ebene, einheitliche Sozialstandards anzustreben, wurde als unrealistisch bezeichnet. Ziel sollte es vielmehr sein, dass die unterschiedlichen regionalen Standards von der WTO anerkannt und ein entsprechender Ausgleich auf EU- oder nationaler Ebene zugelassen werde.

Von der Fraktion PDS wurden die Vorstellungen der Koalitionsfraktionen zum Ökolandbau im Rahmen der Neuausrichtung der Agrarpolitik unterstützt. Offen bleibe allerdings, welche Konsequenzen die entsprechende Umschichtung der Fördermittel für die Einkommensentwicklung der konventionellen Produktion haben werde.

Der Ausschuss hat zu den einzelnen Vorlagen wie folgt votiert:

Zu 1.

Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 14/5222 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.

Zu 2.

Annahme des Antrags auf Bundestagsdrucksache 14/5228 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Berlin, den 7. März 2001

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333